

Kreisblatt des
Landkreises Bocholt.
Amtlicher Anzeiger
des Landratsamtes.
von Bürgermeistern
und Räten der
Kreisstädte.
Organ
des Zentrumsparlaments.
.....

Volksblatt

Geschäftsstellen
Bocholt: Hauptstr.
14, Borken:
Hauptstr. 3054.
Wuppertal: Hauptstr.
14, Wuppertal:
Hauptstr. 14.
Verlag:
Dortmund 1.

Nummer 282

Freitag, den 14. Oktober

Jahrgang 1927

Zur Rationalisierung der Gewerkschaften.

Von Dr. Emil van den Boom - M. Gladbach.

„Zu lösen bleibt das Problem noch schärferer Rationalisierung und Zentralisierung im Gewerkschaftswesen. Es geht darum, wie man es, bzw. geringeren Mitteln mehr zu erzielen ist, als es in der Vergangenheit möglich war. Selbst wenn man den Vergleich der Wirtschaftsentwicklung auf nur bedingt für die Gewerkschaften gelten lassen kann, gilt es doch für sie, entsprechend der stärkeren Rationalisierung und Zentralisierung in der Wirtschaft, die gewerkschaftlichen Organisationsformen noch weiter zu entwickeln.“ (Aus dem jüngsten Geschäftsbericht des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften.)

Die teilweise tiefgreifenden strukturellen Veränderungen, die der deutschen Wirtschaft der Nachkriegszeit ihr typisches Bild verleihen, spiegeln sich auch in den gewerkschaftlichen Organisationen wieder. Die technisch-wirtschaftliche Entwicklung — teilweise schon der Vorkriegszeit mit Kartellbildung und Betriebskombination — hat dazu geführt, daß auf einzelnen Gebieten eine immer weitergehende Betriebskonzentration erfolgte. Man denke nur an den Bergbau, die Schwermetallindustrie, die chemische, Elektro- und Textilindustrie u. a. Die Produktion ist damit gefördert worden. Andererseits aber führte diese Konzentration dazu, daß das Schicksal ganzer großer Erwerbszweige in die Hand einiger weniger Menschen gelegt wurde, die dann eine gewaltige wirtschaftliche Macht bekamen. Die Lehre von der absolut freien Konkurrenz wurde einzelnen Kreisen der Industrie selbst zur Schädigung der meisten Beteiligten fährlich. Und so wurde von der Privatindustrie in einzelnen Erwerbszweigen die freie Konkurrenz allmählich abgeschaltet durch die Bildung von Ringen, Kartellen, Syndikaten und neuerdings Trusts. Diese Betriebs- und Kartellkonzentration mußte auf anderen Gebieten des Wirtschaftslebens ihre Folgen nach sich ziehen, in erster Linie auch des gewerkschaftlichen Organisationswesens.

So sehen wir denn als Gegenstück zu dieser Betriebs- und Kartellkonzentration eine zunehmende Gewerkschaftskonzentration. „Wenn“, so schreibt der „Vorwärts“, die Gewerkschaften gegenüber dieser Entwicklung auf ihrem Verbands- und Betriebsstandpunkt verharren würden, dann wäre ihre Niederlage in absehbarer Zeit besiegelt. Wenn die Gewerkschaften dagegen sich dieser Entwicklung schnell genug anpassen und ihre Organisationen entsprechend umstellen, dann bedeutet die Konzentration des Kapitals praktisch eine außerordentliche Stärkung der Position der Gewerkschaften.“ — In den Gründungsjahren der Gewerkschaften war das Ursprüngliche die lokale Organisation. Von lokal und beruflich abgeschlossenen Einzelorganisationen führte der Weg zur Verwirklichung des Gedankens der Zentralgewerkschaften im Sinne von Reichsorganisationen über die Zusammenfassung der Lokallverbände zu immer umfassenderen Berufsorganisationen. Das war im wesentlichen die Entwicklung vor dem Kriege. Nunmehr tritt die Tendenz gütig, an die Stelle der Berufsorganisation immer mehr den Industrieverband zu setzen, wenigstens bei den im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen freien Gewerkschaften.

Dies ist seit dem Jahre 1919 die Anzahl der Verbände durch Zusammenschluß von 52 auf 38 zurückgegangen. Von diesen 38 Verbänden sind etwa 13 als Industrieverbände anzusprechen, 11 als Branchenverbände (weil aus der Verbindung mit einem oder mehreren verwandten Berufsverbänden entstanden) und nur noch 14 als reine Berufsverbände, denen jedoch fast durchweg auch die Hilfsarbeiter angehören, soweit solche in dem betreffenden Beruf tätig sind. Die Industrieverbände sind auf dem Wege zur Bildung einer einheitlichen Organisation des Betriebsgewerkschafts sowie der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen, zwei Berufsverbände betreiben den Anschluß an ihre Industrieverbände. Ende September sind zu einem neuen Einheitsverbande zusammengefallen. Der Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands, der Zentralverband der Fleischer und Metzger Deutschlands, der Zentralverband der Metzger, Fleischer, Metzger und Hilfsarbeiter Deutschlands haben sich verschmolzen. Der neue Einheitsverband führt den Namen Verband der Ernährungsmittel- und Getränkearbeiter mit dem Sitz in Berlin. Nach den Mitgliederzahlen der bisherigen Einzelverbände Ende 1926 (in der angegebenen Reihenfolge: 89 000, 51 500, 14 000 und 8000) wird der neue Verband mit 142 500 Mitgliedern etwa dem Landesarbeitsverband gleichkommen und in der Liste der Zentralverbände etwa an zweiter Stelle stehen.

Die Idee der Industrieverbände wird insbesondere propagiert von dem radikalen Teile der Gewerkschaftsbewegung, der insbesondere in der Großindustrie seinen Sitz hat. Schon auf dem Leipziger Kongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wurde in einer 1922 dort angenommenen Resolution erklärt, der großindustrielle Entwicklungsprozeß habe dazu geführt, „daß eine Trennung der Unter-

nehmungen auf rein beruflicher Grundlage mehr und mehr in den Hintergrund tritt“. Es müsse deshalb „dem straff organisierten Unternehmertum eine in große, leistungsfähige Industriearbeitskräfte zusammengefaßte Arbeiterklasse entgegengesetzt werden“. Die radikale Richtung stieß vielfach auf Widerspruch. Noch steht in vielen Kreisen der aus der Tradition des Handwerks stammende Berufsstolz, noch ist ihnen der Beruf ein wesentlicher Teil ihres Lebensinhaltes. Doch liegen die Radikalen nicht ferner. Auf dem Breslauer Kongress drei Jahre später, 1925, drängten sie weiterhin auf eine mögliche Förderung der Industrieverbände. Um einen offenen Auseinanderfall der Bewegung zu verhüten, legte in Breslau der Bundesvorstand eine Entschließung vor, die sich zwar für die Industrieverbände aussprach, die Zeit jedoch für deren Schaffung nicht für gegeben, sie darum der Entwicklung in der Zukunft überlassen wollte, und die schließlich Annahme fand.

Die auf die Erzeugung der Berufsverbände durch Industrieverbände hinzielende Richtung in der freien Gewerkschaftsbewegung scheint nun endgültig die Oberhand zu haben. Auch eine neue, jüngere Streit-taktik erfordert auf gewerkschaftlicher Seite große, leistungsfähige, finanziell leistungsfähige Industriearbeitskräfte und nicht Berufsorganisationen, die einander die Mitglieder streitig machen. Es ist, so verrät der „Vorwärts“, „für jeden Gewerkschaftler heute ein Gemeinplatz, daß es keineswegs einer ausgedehnten Streikbewegung bedarf, um selbst das größte Unternehmen schachtmatt zu setzen. Es genügt vollkommen, wenn ein bestimmter Teil von Facharbeitern eines Werkes die Arbeit niederlegt, um weit entfernt liegende Riesenbetriebe, die scheinbar in keinem direkten Zusammenhang mit jenem Werke stehen, zum Leerlauf zu verurteilen und einen kapitalistischen Riesenkonzern den schwersten Erschütterungen aussetzen. Das kleinere Berufsorganisations außerstande sind, zum Bei-

spiel eine allgemeine Lohnsenkung dadurch einzuleiten, daß ein Teil der Belegschaft eines bestimmten Unternehmens als Sturmtrupp vorangeschickt wird, liegt auf der Hand.“

Aus dieser jüngsten Situation, Gewerkschaftskonzentration und neuen Streiktaktik dürfte sich teilweise die Gründung sogenannter Gesamtschaften ableiten lassen auf Unternehmensebene. Man wird es auch der Arbeitgeberseite nicht ohne weiteres verwehren dürfen, daß sie versucht, für das Risiko eines Streiks oder einer Aussperrung durch das Eingehen einer Versicherung eine Deduktion zu erhalten. Sobald aber Gesamtschaften gegründet werden, etwa mit dem ausgesprochenen Zweck, einen Kampf reiflos und mit allen Mitteln durchzuführen, wird hieraus nur allzu leicht eine Kampfgemeinschaft werden, die es auf der einen Seite sowohl wie auf der anderen im Interesse der Volksgesamtheit zu verhindern gilt.

Die preussische Flaggenverordnung.

Eine unruhige Landtagsitzung.

Von unserer Berliner Redaktion.

.. Berlin, 13. Oktober. (Sig. Drabik.)

Wenn es innerpolitischen Sturm und Jant auszulösen gibt, dann entfaltet sich in den deutschen Parlamenten erhabungsgemäß ein reges Leben und Treiben. Das trifft auch auf den Preussischen Landtag zu, der sich in seiner Donnerstagssitzung in zuweilen sehr erregter Debatte mit dem Flaggenstreit befähigte. In der Erwartung, daß es zahlreiche Sensationen und Sturmzügen geben werde, hatten sich auch auf den Tribünen große Scharen von Neugierigen eingefunden. Den Reigen der Redner eröffnete der Preussische Innenminister Grzesinski, der die Flaggenverordnung des Staatsministeriums rechtfertigte. Sehr peinlich wurde in den Reihen der Reichsopposition die Feststellung empfunden, daß betreffender Weise ein staatlicher Ministerialrat angesprochen worden sei, der sich auf einen Beschluß vom 16. Juli 1924 stütze, an welchem die Herren des Deutschen Reichstages, als sie noch an der Regierung vertreten waren, mitgewirkt hätten. Grzesinski las sodann noch den deutschnationalen ein Privatstimulus über anständige Führung des politischen Kampfes.

Der deutschnationaler Sprecher Dr. von Winterfeld zeigte sich über die Darlegungen des preussischen Innenministers nur wenig erbaut und glaubte an ihnen aussetzen zu können, daß sie die Staatsnotwendigkeit des Erlasses der Notverordnung nicht hinreichend bewiesen hätten. Des weiteren ritt er parteipolitisch gegen eine Annahme gegen die Abänderung der Nationalflagge sowie gegen den angeblichen Gewissenszwang, welchen die Preussische Regierung auf die Berliner Hotels auszuüben versucht hätte. Einer friedlichen Lösung der Flaggenfrage durch entsprechende Anerkennung der verfassungsmäßigen Farben Schwarz-Rot-Gold zeigte sich der Redner abhold, er proklamierte vielmehr grundsätzlichen Kampf für Schwarz-Weiß-Rot.

In temperamentvoller Weise setzte sich hierauf der sozialdemokratische Vorkämpfer Leinert mit den deutschnationalen Gegnern auseinander, die ihrem Ärger durch wiederholte Protestrufe und für-mische Gegenentwürfen Ausdruck verliehen.

Sehr verständliche Worte fand der Zentrumsabgeordnete Bergmann, der auch bei der Flaggenfrage

den goldenen Weg der Mitte zu gehen empfahl und politische Toleranz forderte. Er wies mit Recht darauf hin, daß der leidige Flaggenstreit uns nicht nur innerpolitisch, sondern auch außenpolitisch aufs bedenklichste schädige. Man müsse den verfassungsmäßigen Selbstzwecken unbedingt die nötige Achtung entgegenbringen. Das schließte keineswegs aus, daß man die alten Farben im verblichenen Maße ebnen könne.

Die Rede des deutschvolksparteilichen Abgeordneten von Campe, der scharf gegen die Ausführungen des Abgeordneten Leinert polemisierte, rief die Linke auf den Plan, die ihren Unmut mehrfach in lauten Rärm äußerte.

Hierauf griff Ministerpräsident Braun in die Debatte ein. Seine Ausführungen gingen jedoch teilweise infolge der aufstrebenden Unruhe im Hause und auf den Tribünen verloren.

Die Kommunisten gefielen sich bei dem ganzen Kampf zwischen Schwarz-Rot-Gold und Schwarz-Weiß-Rot gewissermaßen in der Rolle des schweigenden Dritten. Ihr Redner Caspar wollte von beiden Flaggen nichts wissen. Er schwärmte nur für den knallroten Lappen und suchte dabei mit einem solchen Gehen auf dem Rednerpult hin und her. Die zur Beschäftigung dieses Schauspielers auf die Tribünenstrahlen kommandierten Genossen klafften natürlich zu diesem Theater entzündenden Beifall.

Schon diese wenigen Kostproben zeigen, in welcher bedauerlicher Weise sich die Luft immer mehr zu ver-dichten droht, die das deutsche Volk wegen des unseligen Flaggenhaders in zwei Lager spaltet. Man kann nur der Ansicht eines hohen Staatsmannes zustimmen, der kürzlich in einer internen Sitzung erklärte, die Flaggenfrage sei für ihn das niederdrückendste Problem.

Sitzungsbericht.

Berlin, 13. Oktober.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der heutigen Landtagsitzung

erklärte der Abg. Zeitscheid (S.)

zu den gegen ihn gerichteten Presseangriffen u. a.: „In Verfolg meines im Landtag bereits vor Jahresfrist ge-fällten Votums, welches die Selbstbildungs- und Wachstumsbestrebungen zu Hauptverpflichtungen stellen ge-wird, habe ich mehrfach Anstalten von Gehilfen ohne

Die Truppenverminderung im besetzten Gebiet.

Ein französischer Schiebungsversuch.

× Paris, 13. Okt. „Excelsior“ schreibt zur Frage der Reduzierung der Besatzungstruppen: Zwischen November 1926, in dem die Alliierten die Besatzungstruppen im Rheinland versprochen hatten, und November 1927 wurde die Rheinarmee von 72 000 auf 60 000 Mann verringert werden. Unter Berücksichtigung der bei der Einstellung neuer Rekruten und der Entlassung ausgebildeter Jahrgänge sich ergebenden Schwankungen in Höhe von 1000 bis 1500 Mann monatlich, werde die Reduzierung des französischen Kontingents sich insgesamt auf etwa 9500 mehr als 9500 belaufen. Nachdem die erste Reduzierung mit 4100 Mann bereits im Juni 1927 stattgefunden habe, seien noch etwa 5500 Mann von den französischen Besatzungstruppen zurück-zuziehen. Der Abtransport dieser Truppen werde schaffelweise im Laufe der zweiten Oktoberhälfte erfolgen. Zu irgendwelchen diplomatischen Ge-sinnungsauslegungen sei kein Grund vorhanden, denn man könne die bereits im Laufe des Jahres 1927 erfolgte vorzeitige Zurückziehung von Truppen nicht für null und nichtig ansehen. Die von den Alliierten gegebenen Versprechungen werden also voll-kommen und pünktlich eingehalten werden.

Dazu schreibt die Deutsche Diplomatische Korrespon-denz: Es ist nicht anzunehmen, daß diese komplizierte

Auslegung der eigentlichen Auffassung der französischen Regierung entspricht. Trotzdem wird man darauf erwidern müssen: Der springende Punkt bei der durch Briand dem Reichsaussenminister in Genf übermittelten Erklärung namens der an der Weimarer Konferenz be-teiligten Regierungen ist die Verminderung der gegen-wärtigen Truppenstärke um 10 000 Mann. Dabei ist keine Rede von einer Anrechnung früherer Truppen-verminderungen, und es widerspricht jeder Regel, wenn der „Excelsior“ jetzt versucht, eine im Juni — ohne jeden Zusammenhang mit dieser drei Monate später erfolgte — zugesicherte, die ja immer noch nicht das volle Maß der am 14. November 1925 zugesagten Herabminderung der Besatzung bringt, bereits durchgeführte Verminderungen auf das Ausmaß dieser neuen formalen Verpflichtung anzu-rechnen. Da nach anderen Nachrichten die britische und belgische Besatzung um 1000 Mann vermindert wird, kommt also für die Zurückziehung französischer Truppen im Laufe dieses Monats und ohne An-rechnung der vor dem 5. September vorliegenden Vor-gänge ein Zahl von 8000, nicht, wie der „Excelsior“ sich errechnet, 5500 Mann in Betracht.

Nachst auf Parteizugehörigkeit befürwortend weitergegeben. So auch in dem im Montag „Morgen“ erwähnten Falle. Ich bemerke dazu:

1. Ich habe für meine Bemerkungen eine Ent-scheidung weder gefordert noch erhalten. 2. Die tatsächlichen Bemerkungen über Gesamtsummen und Vertragsentwürfe betreffen lediglich private Abmachungen der Interessenten unter-einander und sind mit der durch die Artikel bekannt geworden. 3. Bekannt war mir nur, daß ein gewisser Witschler auf Erteilung der Konzession als Angehöriger eingestuft werden sollte. 4. Ich war nicht bei der goldenen Hochzeit der Eltern eines Interessenten. 5. Ich habe nicht, wie es in einem Artikel heißt, unter Mißbrauch meiner Abgeordnetentätigkeit eine Konzession weder direkt noch indirekt erstritten oder erhalten. 6. Seit längerer Zeit bin ich bedröht worden, mir aus der Sache einen Skandal zu inszenie-ren, um mich dadurch von meinem Amt ab-zubringen. Ich werde wegen der betreffenden unwahren Behauptungen Strafantrag stellen. (Beifall im Zentrum.)

In Erledigung der Tagesordnung überweist das Haus kommunistische Anträge über Erhöhung der Vergütung der Abgeordneten im mitteldeutschen Braun-schweig und gegen die Vergütungserhö-hungen bei der staatlichen Bergwerks- u. K.-Red-liaushaus dem Handelsausschuß.

Mit mehr als der verfassungsmäßigen Zweidrittel-mehrheit bestätigt das Haus dann seinen früheren Be-schluß auf

Annahme der sogenannten Elektrovorlage, die die Zusammenfassung des staatlichen Elektro-be-fähiges in eine Alltagsgesellschaft auspricht. Mit dieser Wiederholung des Landtagsbeschlusses ist der Ein-spruch des Staatsrates hinfällig und das Elektrogesetz endgültig angenommen worden.

Es folgt die Beratung der in der Sommerpause vom Staatsministerium mit Gesetzesentwurf erlassenen Ausführungsverordnung zum Reichsgefes zur

Belämpfung der Geschlechtskrankheiten. Abg. Dr. Böhm (D. Vp.) betont, daß die Ueber-tragung der Ausführung der Geschlechtsbelämpfung an die Gemeinden, wie sie die Notverordnung vorsehe, ein Bruch mit den bisherigen Gepflogenheiten sei. Die Geschlechtsbelämpfung sei Sache des Staates. In sehr bedenklicher Weise würde sich infolgedessen die Be-lämpfung der Geschlechtskrankheiten zerschlagern. Der Redner rügt, daß das Ministerium vor Erlass der Verordnung die Sachverständigen nicht ge-hört hat, und beantragte Ausbesserung.

Abg. Frau Heßberger (Ztr.) erklärt, daß ihre Freude mit der Ausführungsverordnung nicht reif-los einverstanden sein könnten, aber noch unen-tgeltlich mit dem Reichsgefes. Die Rednerin wünscht Zurückverweisung der Vorlage an den Verordnungsstellen Ausschuss.

Ein Regierungsvertreter legt dar, daß es infolge des langwierigen Ganges der Reichsgefesgebung der preussischen Regierung unmöglich war, dem Landtag die Ver-ordnung rechtzeitig vorzulegen. Im Reichsrat hätte eine Reihe von Bedenken zurückstellen müssen, um das bedeutsame Gefes zu verabschieden. Die Verordnung wird darauf dem Verordnungs-politischen Ausschuss überwiesen.

Ohne Besprechung wird die staatsministerielle Ver-ordnung über das Dienstentkommen der Gewerbe- und Handwerksmeister und Lehrlinge an den Berufs-schulen gebilligt.

Hierauf wendet sich das Haus zu der Beratung der vom Staatsministerium am 8. August 1927 mit Gefes-entwurf erlassenen

Flaggenverordnung.

Innenminister Grzesinski führt aus, daß das Staatsministerium habe seit Jahren in immer wieder-holten Verordnungen die Auffassung vertreten, daß es notwendig sei, am Verfassungstage bei der Beflaggung der Staats- und Gemeindegebäude den Reichsfor-ben Schwarz-Rot-Gold den ihnen gebührenden Platz einzuräumen und die nötige Achtung zu erweisen. Der Minister erwähnt dann den bekannten weiteren Verlauf dieses Konflikts und das Urteil des Oberverwaltungsgerichts, das den Erlaß der preussischen Regierung als rechtlich unwir-klich bezeichnete und fügt hinzu: Die Staatsregierung befand sich nach diesem Urteil des höchsten preussischen Verwaltungsgerichts

in einer Zwangslage.

Es hat bei den Besprechungen im Staatsministerium immer Klarheit darüber geübert, daß die Reichs-regierung für solche Erlasse gegeben war. Die Staats-regierung hat nun die Begründung des entgegenstehen-den Urteils des Oberverwaltungsgerichts erst am 27. Juli bekommen, also nur 14 Tage vor dem Verfassungstage, dem 11. August. Es mußte mit

der Möglichkeit gerechnet werden, daß eine ganze Reihe von Kommunalverwaltungen, die bisher gelagert hatten, nun nicht mehr fliegen würden. (Zuruf rechts: Das wäre aber schrecklich gewesen!) Richtige Politik muß vorbedungen sein. Auch das Interesse der Autorität der Staatsregierung erfordert es, den einmal angenommenen Standpunkt durchzuführen und zu verfestigen.

die fehlende Reichsbasis nachträglich zu schaffen. Da der Landtag nicht versammelt und die Angelegenheit dringlich war, ist mit Hilfe des künftigen Ausschusses die Notverordnung zustande gekommen. Ich habe mich gewundert, daß insbesondere die Volkspartei dieser Notverordnung nicht zugestimmt hat. Schließlich ist es doch so, daß hier ein Staatsministerialrat angeordnet ist, an dem die Herren der Volkspartei, als sie noch in der Regierung waren, mitgewirkt haben. (Lebhafter Beifall.) Ich mußte annehmen, daß die Volkspartei an ihrem Standpunkt auch außerhalb der Regierung festhalten würde.

Die Stadt Potsdam
hat den Staatsgerichtshof anrufen. Wir werden abwarten, wie er entscheidet. Meines Erachtens liegt die Nachprüfung der Voraussetzungen einer solchen Notverordnung dem Staatsgerichtshof gar nicht ob. Von einem Eingriff in die Selbstverwaltung kann gar keine Rede sein. Ich bitte Sie jedenfalls, der Notverordnung ihre Zustimmung zu geben. Der Minister kommt dann auf.

die deutschen nationalen Anträgen zu sprechen, die im Zusammenhang mit dem Flaggengesetz der Stadt Berlin mit den Hoteliers eingebracht waren. Unter Zitterung unerbörter Ausführungen einer Zeitung wird das Staatsministerium beauftragt einzugreifen.

Etwas Unersetzbares oder eine merkwürdigere Art der Führung des politischen Kampfes ist mir noch nicht vorgekommen.

(Sehr wahr links und in der Mitte.) Die Staatsregierung dankt es Herrn Oberbürgermeister v. H. daß er in der entscheidenden Weise das, was von der Staatsregierung für notwendig gehalten wurde, für Berlin durchführte. (Lebhafter Beifall links und in der Mitte.) Sie wissen, daß erstens teilweise

die Differenzen mit den Hoteliers durch eine Vereinbarung zwischen der Stadt und den Hoteliers wurden. Es bleibt bemerkenswert, daß diese Angelegenheit nur dadurch erledigt werden konnte, daß die Stadt Berlin und der preussische Staat mit aller Deutlichkeit zeigten, daß die Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold und nicht anders sind. (Lebhafter Beifall links und in der Mitte.)

Abg. Dr. v. Winterfeldt (D. R.) erklärt: Auch der preussische Innenminister habe nicht nachgewiesen, daß und warum eine Staatsnotverordnung dafür vorliege, eine Notverordnung zu erlassen. (Zustimmung rechts.) Der Redner erklärt, es sei in Preußen und in anderen Ländern nie üblich gewesen, in den Reichsfarben zu flaggen, sondern nur in den Landesfarben. (Lachen bei der Mehrheit.) Die Veränderung unserer Farben durch die Nationalversammlung habe uns in der Welt und besonders bei den Auslandsdeutschen sehr geschadet.

In den Reichslinien
die in der Reichsregierung vertretenen Parteien vereinbart haben, so führt der Redner fort, ist aus drücklich festgelegt, daß die Symbole des alten Staates geändert werden sollen. Die Symbole des neuen Staates, die der preussischen Staatsregierung, in der auch das Zentrum vertreten ist, übereinstimmen. Die preussische Regierung übt mit ihrer Verordnung einen unerbörten Zwang aus und will die Reichsfarben durch eine Notverordnung ändern. (Zustimmung rechts.) Abg. Leinert (Soz.) stimmt der Ueberweisung an den Verfassungsausschuß zu. An Hand der Geschäftsordnung betont der Redner, daß die Verordnung im Einklang mit der Verfassung steht und daß die Verfassung im Einklang mit der Verfassung steht. (Zustimmung rechts.)

ein Mittel, um gegen die Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold anzukämpfen. Außerdem seien die Angriffe kennzeichnend für die Grundgesetze der Deutschen, die im Reich in den Reichslinien den unbedingten Schutz der Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold durchzuführen sich verpflichtet haben und die Republik gegen ihre eigenen Parteigenossen zu schützen. Unter Schwarz-Rot-Gold ist Deutschland zusammengebrochen. (Minutenlanges Plausch rechts.) Unter Schwarz-Rot-Gold ist es wieder aufgebaut worden.

Unter Schwarz-Rot-Gold sind Rathenau und Erzberger ermordet worden. Wir wollen Schwarz-Rot-Gold in der Republik keine Erneuerung des Plausch und Protestgebungen rechts. (Zustimmung rechts.) Wir stimmen der Verordnung zu. (Lebhafter Beifall und Handklopfen links, stürmische Gegenklänge rechts.)

Abg. Bergmann (Z.) stimmt der Verordnung zu und bedauert, daß die verfassungsmäßigen Hoheitszeichen der Republik von weiten Kreisen nicht geschützt werden. (Wer ist denn Schuld? von rechts.)

Bei anderen Bismarck wäre das nicht möglich, während die Zahl derjenigen, die sich mit dem heutigen Staat austreten, wächst, will der Flaggengesetz nicht aufhören. Das schädigt das humanitäre Leben nicht nur, sondern auch das kulturelle Leben in der Welt. Schwarz-Rot-Gold ist keine Parteifarbe, sondern Farbe der deutschen Republik, die in Weimar verfassungsmäßig beschloß wurde. Es ist daher falsch, die Reichsfarben mit anderen Farben auf gleiche Stufe zu stellen.

Mangelndes Nationalbewußtsein ist schuld an diesem Streit. Auch Schwarz-Rot-Gold ist zu ehren! Dem verfassungsmäßigen Hoheitszeichen gebührt Achtung. Denen die diese Achtung nicht zeigen, sagen meine Freunde den schärfsten Rat aus. Es ist höchst bedauerlich, daß eine selbstverständliche Forderung erst den Erlaß einer Notverordnung nötig gemacht hat! (Beifall im Zentrum.)

Abg. v. Campe (D.) bezeichnet es als vornehmste Aufgabe, in jeder Zeit eine Verbindung zwischen der alten und der neuen Zeit zu schaffen.

Die Rede des Abgeordneten Leinert sei allerdings nicht auf diesen Gedanken abgefaßt gewesen. Die Neuerung, daß wir unter der schwarz-weiß-roten Fahne gehen sollen, soll es auf das Schicksal zurückzuführen. (Lachen bei der Mehrheit.) Was würde man denn auf der linken Seite, wenn man darauf hinwiese, daß in der letzten Reichsversammlung die unsere Truppen zur Defektion haben in den Schützengräben verbreitet wurden. (Großer Lärm links.) Es ist doch nicht recht möglich, daß dadurch ein Notstand entstanden wäre, daß die Autorität der Staatsregierung in Gefahr war. Die Flaggensache ist allerdings bedauerlich und beschämend.

Wir müssen zum Frieden kommen.
Die Regierung hat aber dabei wahrscheinlich keine glückliche Hand. Die Reden des Ministerpräsidenten können nicht zur Beruhigung beitragen. Wir verlangen grundsätzliche und objektive Prüfung im Ausschuss. Recht muß Recht bleiben. Wir wollen nicht an den Grundgesetzen der Selbstverwaltung rütteln. (Lebhafter Beifall.)

Die Abberufung Rasowskis.

Moskau gibt nach.

Paris, 13. Okt. Am Quai d'Orsay ist heute eine Note aus Moskau eingelaufen, die besagt, daß die Sowjetregierung Rasowskis abberufen werde. Zum neuen Vorkämpfer anstelle Rasowskis schlägt die Moskauer Regierung den bisherigen Vorkämpfer in Tokio, Dogaletski, vor, der früher Kommissar für Post- und Telegraphen war.

Man rechnet mit der Wahrscheinlichkeit, daß die Moskauer Regierung die Zeitung der russischen Delegation bei der russisch-französischen Schuldenkonferenz in Zukunft von der Person des russischen Vorkämpfers in Paris trennen und einen Finanzministerien hiermit beauftragen werde. Die großen Ausgaben für diesen Posten hat der frühere russische Finanzminister Sokolnikow, der jetzt Mitglied der russischen Delegation in Paris ist.

Rasowskis hing sehr an seiner Stellung, besonders da sie ihm Gelegenheit bot, starke Propaganda für die Ideen seiner Heimat zu machen und die über Westeuropa weit verzweigten Bänder in der Hand zu behalten. Auch Tschitscherin wollte ihn, obwohl er zur Opposition gehört, nicht ohne weiteres lassen lassen, und glaubte durch eine ihm erteilte Zurechtweisung die Sache aus der Welt geschafft zu haben. Als der französische Außenminister Briand zur Vorkämpferkonferenz nach Genf reiste, erklärte er selbst die Sache für erledigt, doch benutzte die Reichspresse seine Abwesenheit, um in ihrem Sinne zu gehen, und

Briand fand bei der Rückkehr nach Paris eine völlig veränderte Lage vor. So kamen die Sowjets, die in letzter Zeit so viele schlechte Erfahrungen gemacht hatten, in eine unangenehme Lage, namentlich gegenüber der immer härter werdenden Opposition im Innern. Aber der Abbruch der Beziehungen zu Frankreich erschien gefährlicher, und so wurde Rasowskis abberufen. Wie sollte man die innere Opposition darüber beruhigen? Moskau hat durch sorgfältig eingefädelte Nachrichten die Angelegenheit so dargestellt, daß es die Abberufung Rasowskis nur unter dem Druck Frankreichs getan zu haben scheint. Daher das Mäandern in den Zeitungen, daß Rasowskis unbefugt über die Abmachungen zwischen Paris und Moskau über die Rückzahlung der russischen Schulden gesprochen habe. So hofft man der Opposition die Grundlage zu entziehen. Rasowskis wurde abberufen, um die Einheitsfront gegen Sowjetrußland nicht hervorzuheben; das war für Moskau die Hauptsache.

Ausschluß der 39 Oppositionellen.

Moskau, 13. Okt. „Pravda“ veröffentlicht den Beschluß des Präsidiums der Vorkämpferkonferenz über den Ausschluß der 39 Oppositionellen aus der Partei, die an den Verhandlungen teilnahmen. In diesen Verhandlungen wurden Maßnahmen zur Verwirklichung der fraktionellen Organisation und zur Verschärfung des Kampfes gegen die Partei erörtert.

Ministerpräsident Braun, dessen Ausführungen in der anhaltenden

Unruhe des Hauses
auf den Tribünen kaum verständlich sind, erklärt: Die schwarz-weiß-roten Farben müßten heute ebenso geändert werden wie unter dem alten System die schwarz-weiß-roten (Zustimmung rechts). (Zuruf: Das hat doch damals auf der roten Fahne geschworen!) Solange die verfassungsmäßige Bestimmung besteht, muß jede Regierung und jede öffentliche Körperschaft dafür Sorge tragen, daß die schwarz-weiß-goldene Flagge zur Geltung kommt (Zustimmung links und in der Mitte). Anhaltende Unterbrechungen rechts. Wir können verlangen, daß auch diejenigen, die innerlich mit der Verfassung zum alten Reich stehen, die Verfassung anerkennen. (Großer Lärm rechts.) Man kann auch die alten schwarz-weiß-roten Farben als Symbol einer endgültig verfallenen Vergangenheit ansehen, aber man darf nicht als Symbol für die heute bestehende Staatsform verwenden. Es gilt nach der Reichsverfassung nur eine schwarz-weiß-goldene Nationalflagge und die schwarz-weiß-rote Handelsflagge mit der Aufschrift: Alles andere widerspricht dem klaren Wortlaut der Verfassung. Die Staatsregierung wird auch in Zukunft jedem Versuch einer anderen Auslegung entschieden entgegenzutreten. Wir kommen nur aus dem Klagenstreit heraus, wenn die Anhänger der alten Fahne sich mit den gegebenen verfassungsmäßigen Umständen abfinden. Die Deutschenationalen haben sich nach dem Eintritt in die Reichsregierung verpflichtet, die Reichsfarben zu achten.

Die Farben ihrer Minister sind schwarz-weiß-gold.
Die ganze Flaggensache ist nicht weiter als der Kampf zwischen dem alten und dem neuen Regime, deswegen werden wir die Flagge der Republik besonders hoch halten und mit unerschütterlicher Schärfe gegen diejenigen vorgehen, die sie angreifen. (Stürmischer Beifall links und in der Mitte. Lachen rechts.)

Abg. Casper (Komm.) meint, für den deutschen Klagenstreit hätte die ganze Welt nur ein Zeichen übrig. Wir Kommunisten haben die schwarz-weiß-rote Fahne.

Wir wünschen Sie nicht nur auf dem Witzhaufen (erregte Zwischenrufe bei den Deutschenationalen), sondern wir wünschen diese Fahne rechtlos verbrannt und vernichtet. Der Redner erklärt zum Schluß, daß die Kommunisten immer nur für die rote Fahne eintreten werden. Während dieser Ausführungen entfaltete er eine rote Fahne und schwingt sie, während die Kommunisten und einige Tribünenbesucher Beifall klaffen.

Präsident Bartels rügt das Verhalten des Redners, als dann der Minister des Innern Erzinski zu Wort kommt, ruft der Abg. Casper ihm zu: „Erzinski, wollen Sie die rote Fahne?“ und entfaltete sie abermals. Der Minister legt gegenüber den Ausführungen der Abgeordneten v. Winterfeldt (Dnl.) und Dr. v. Campe (D. Wpt.) nochmals den Standpunkt der Staatsregierung zur Notverordnung dar, die die Schlußfolgerung aus dem Urteil des Oberverwaltungsgerichtes gleiche und den Reichsboden überdeckt.

Abg. Ruch (Dem.) erklärt, es sei durchaus falsch, Schwarz-Rot-Gold als die Fahne der Revolution zu bezeichnen. Die Revolution geschah unter dem Zeichen der roten Fahne. Es ist das unvergängliche Verdienst Gervais, die Zeichen zur Nationalversammlung ausgegeben zu haben, die sich dann zu Schwarz-Rot-Gold bekannte. Schwarz-Rot-Gold ist die große deutsche Fahne. Die Übergangszeit dieser Farben geht bei den Deutschenationalen so weit, daß die „Neuzzeitung“, das Organ der Deutschenationalen Führer, ganz öffentlich gegen den Anschluß Österreichs polemisierte.

Die Doppelgängigkeit der Deutschenationalen
müsse auf unsere ganze Politik zurückzuführen und besonders nachteilig auf die Bestrebungen für die Vereinigung der Rheinlande. (Lebhafter Zustimmung links.)

Abg. Labandorf (Wirtsch. Verein.), von den Kommunisten mit dem Zuruf: „Es lebe die Mietspreisverhöhung!“ empfangen, erklärt, er erkenne der Staatsregierung das Recht zu, für die Wahrung der Farben Schwarz-Rot-Gold einzutreten. Der Weg der Notverordnung zu diesem Zwecke sei aber ein falscher. Schwarz-weiß-Rot würde nie zum alten Elfen gestellt werden. Ganz entschieden lehnte die Wirtschaftliche Vereinigung Verwahrung dagegen ein, daß die preussische Regierung wegen der Farbenangelegenheiten einen Boykott gegen wirtschaftliche Unternehmungen einrichtete.

Abg. Ruch (Wirtsch.) hatte unter Gelächter der Linken dem Ministerpräsidenten seinen Dank für die Notverordnung aus, weil dadurch die Liebe zu Schwarz-weiß-Rot gestiegen sei. Doch könnten die Wirtsch. als Kritikpunkte biegen. (Zuruf bei den Kommunisten: Sie G.I. haben ja keine Abnung von Buchführung!) Ministerpräsident Bartels erteilt dem Abgeordneten Gölze (Komm.) einen Ordnungsruf.

Abg. Seelmann (Dnl.) erklärt, Schwarz-weiß-Rot sei ebenso gut veranlagt in der Verfassung wie Schwarz-Rot-Gold. Ein unerbörter Vorgang aber sei es, daß nach Sozialdemokraten zu Stimmrechtlern für das Zentrum gemacht seien. Die Deutschenationalen Volkspartei lebe der festen Überzeugung, daß einst wieder

die schwarz-weiß-rote Fahne über einem glücklichen Deutschland wehe. Abg. Leinert (Soz.) erwidert, den Fraktionen sei ausdrücklich das Recht gegeben, ohne an andere Fraktionen abzutreten. Die Verordnung wird dem Verfassungsausschuß überwiesen. Freitag 11 Uhr: Befolgungsordnung. Schluß gegen 19 Uhr.

Berlin, 13. Okt. Im Preussischen Landtag fand am Donnerstag eine Besprechung der im Hauptausschuß vertretenen Fraktionen statt über die Art der Behandlung der Befolgungsordnung, die am morgigen Freitag dem Hauptausschuß überwiesen werden wird. Die Beratungen sollen im Ausschuss am 24. Oktober beginnen. Es soll mit dem Hauptausschuß des Reichstages verhandelt werden, um die Befolgungsordnung zu vereinbaren. Es ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß nach Wiederzusammentritt des Reichstages Mitte November die Befolgungsordnung alsbald verabschiedet werden kann.

Die Annahme der Befolgungsordnung im Reichsrat.

Berlin, 15. Oktober. Der Reichsrat genehmigte in seiner heutigen öffentlichen Sitzung zunächst neben kleineren Vorlagen die Handelsverträge mit Frankreich und Japan. Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete die neue Befolgungsordnung. Der Vorsitzende Staatssekretär Dr. Popitz vom Reichsfinanzministerium erklärte, der Minister Dr. Köhler könne wegen seiner Teilnahme an einer wichtigen Kabinettsitzung zu seinem Bedauern nicht selbst den Vorstoß führen.

Der Berichterstatter der Ausschüsse, Ministerialdirektor Dr. Wehe, wies auf die grundlegenden Veränderungen hin, die die Vorlage in das bisherige Befolgungssystem bringe. Die Öffentlichkeit habe den Grad der Erhöhung der Beamtengehälter vielfach zu hoch eingeschätzt und habe übersehen, daß die prozentuale Erhöhung um 10 bis 25 Prozent sich nur auf die Grundgehälter bezieht, während die Erhöhung des Gesamteinkommens der Beamten geringer ist. Die Ausschüsse beantragten mehrere Änderungen der Vorlage. So soll der Wohnungsgeldzuschuß der ledigen Beamten auf die Hälfte des Gehalts der übrigen Beamten herabgesetzt werden. Staatssekretär Dr. Popitz beantragte namens der Reichsregierung in diesem Punkte die Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Mit 37 gegen 31 Stimmen wurde jedoch der Antrag der Reichsregierung abgelehnt und die Ausschussfassung angenommen.

Zu der Bestimmung der Vorlage über Veränderungen von Amtsbeziehungen ließ die Regierung auf Antrag Preußens erklären, daß die Reichsregierung als Amtsbeziehungen ausschließlich Beziehungen von Beamten, die mit ihnen verbunden sind, betrachte. Eine etwaige Verleihung von Titeln in Einzelfällen kann und soll in der Vorlage keine Stelle finden.

Die Ausschüsse hatten den Antrag eingebracht, den Ländern die Deduktion der mit der Befolgungsordnung verbundenen Mehrausgaben dadurch zu erleichtern, daß ihr Anteil an dem Aufkommen der Einkommen- und Körperschaftsteuer von 75 auf 80 Prozent erhöht wird.

Nach Annahme dieses Antrages erklärte Staatssekretär Dr. Popitz, die Reichsregierung könne sich mit diesem Vorschlag nicht abfinden und werde dem Reichstag eine Doppelvorlage unterbreiten.

Wahren beantragte besondere Vergünstigungen für die finanziell schwachen Länder durch eine Verringerung des Finanzgleichgewichtes. Dieser Antrag wurde mit 39 gegen 27 Stimmen abgelehnt.

Nach Annahme der Einzelbestimmungen der Vorlage gab Gesandter v. Regener die Erklärung ab, daß die bayerische Regierung sei nach Ablehnung der von ihr beantragten Verringerung des ungleichen Finanzgleichgewichtes nicht in der Lage, der Vorlage zuzustimmen. Sie verkenne keineswegs die Notwendigkeit einer Erhöhung der Beamtengehälter, es wäre aber die Pflicht der Reichsregierung gewesen, vor Erbringung dieser Vorlage mit den Ländern und Gemeinden die Fälligkeit zu nehmen und die Frage zu prüfen, wie Länder und Gemeinden die Ausgaben decken könnten, die sie aus eigener Kraft nicht leisten könnten.

Der Vertreter von Hessen schloß diese Erklärung an. Die Vertreter von Württemberg, Sachsen, Thüringen und einer Reihe anderer Staaten erklärten, sie befänden sich zwar in der Zwangslage, im Interesse der Beamten die Vorlage anzunehmen, aber das könnten sie nur unter der Voraussetzung tun, daß die Reichsregierung die Länder finanziell in der Lage verbleibe, die neuen großen Ausgaben auch leisten zu können.

Staatssekretär Dr. Popitz bekräftigt, daß der Reichsfinanzminister es verstanden habe, sich mit den Ländern in Verbindung zu setzen. Der Minister steht aber auf dem Standpunkt, daß die Länder finanziell nicht anders gestellt seien als das Reich. Auch das Reich könne die neuen großen Ausgaben nur leisten in der Erwartung, daß sich das Aufkommen aus den vorhandenen Steuern erhöhen werde. Staatssekretär Dr. Popitz stellte dann ohne

besondere Abstimmung fest, daß die Befolgungsordnung mit Mehrheit angenommen sei. Am Freitag vormittag tritt der Reichsrat zur Beratung des Reichsgesetzes zusammen.

Die erste Reichstagsitzung.

Berlin, 13. Okt. Rummelt liegt die Tagesordnung für die erste Reichstagsitzung nach der Sommerpause am Dienstag, 18. Oktober, 3 Uhr nachmittags vor. Als erster Gegenstand steht zur Beratung das Reichsgesetz, ferner die Beratung des Antrages betreffend Saargängerunterstützungen, sowie die ersten Beratungen der Entwürfe über den Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich über die Festsetzung der Grenze, aber das zuletzt. Lehrabkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Italien, betreffend das Uebereinkommen und Statut über die internationale Rechtsordnung der Seefahrer, betreffend Uebereinkommen und Statut über die internationale Rechtsordnung der Eisenbahnen, betreffend das Abkommen zwischen Deutschland und Polen über die Verwaltung der die Grenze bildenden Städte der Warthe und den Verkehr auf dieser Strecke und schließlich über das Uebereinkommen zwischen dem Deutschen Reich und Großbritannien. Zu Fraktionsitzungen haben bisher eingeladen das Zentrum und die Kommunisten zu Montag, den 17. Okt., die Deutsche Volkspartei und die Sozialdemokraten zu Dienstag, den 18. Oktober.

Einberufung des Reichsrates.

Berlin, 13. Okt. Der Reichsrat des Reichstages ist für Dienstag, den 18. Okt., 14 Uhr zu einer Sitzung einberufen worden, um die Dispositionen für die am Dienstag beginnende Plenarsitzung des Reichstages zu treffen.

Vorstandsitzung der Zentrumsfraktion.

Berlin, 13. Okt. (Dr. v. Berl. Redaktion.) Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages hat die Mitglieder der Fraktion am Montag, den 17. Oktober, d. h. einen Tag vor Einberufung der Plenarversammlung zu einer Sitzung eingeladen.

Ausschließung der Standbilder Eberts und von Hindenburgs.

Berlin, 13. Okt. Am Dienstag, 18. Oktober, um 12 Uhr mittags findet die Uebernahme der Standbilder des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert und des Reichspräsidenten von Hindenburg in der großen Wandelhalle des Reichstages statt.

Minister von Reudell zum Falle Breslau.

Berlin, 13. Okt. Reichsminister v. Reudell veröffentlicht auf die Angriffe einer Berliner Zeitung gegen den Reichsanwalt Marg im Falle Breslau folgende Erklärung: Auf die Angriffe gegen den Herrn Reichsanwalt wegen seiner Erklärung im Reichstag über Herrn v. Tressow spreche ich die Bitte aus, nach Möglichkeit die Person des Herrn Reichsanwalts aus den Kreis der Erörterungen herauszunehmen. Der Herr Reichsanwalt hat die betreffende Erklärung auf Grund von Untersuchung durch mich und eine andere Stelle abgegeben. Ich stelle daher anheim, entsprechende Presseartikel gegen mich zu richten. Eine Neuherausgabe der Sache muß ich im übrigen vor der Verhandlung zweiter Instanz ablehnen.

Adolf Wermuth †.

Berlin, 13. Okt. Der ehemalige Staatssekretär des Reichschatzmeisters und spätere langjährige Oberbürgermeister von Berlin (Gz.) Dr. Adolf Wermuth ist am Mittwochabend im Lichterfelder Krankenhaus nach vierwöchigem Krankenlager an einer Lungenentzündung im Alter von 73 Jahren gestorben. Im Reichsdienst war Wermuth u. a. Reichsminister für die Weltausstellung in Melbourne 1886 bis 1887, nach dem Uebergang Deutschlands an Deutschland 1890 erster Gouverneur der Insel und 1893 wiederum Ausstellungsminister für die Weltausstellung in Chicago. Am 15. Juli 1909 wurde er zum Staatssekretär des Reichschatzmeisters ernannt, eine Stellung, die er bis zum 16. März 1912 bekleidete. Am 15. Mai 1912 wählte ihn die Berliner Stadtverordnetenversammlung zum Oberbürgermeister auf 12 Jahre. Bei der Gründung Groß-Berlins wurde er am 22. September 1920 mit 107 (Soz.) von 157 Stimmen zum Oberbürgermeister der neuen Stadtgemeinde Berlin gewählt. Wermuth im November des gleichen Jahres nahm er seinen Abschied.

Deutsches Reich.

Ministerbesprechung.

Berlin, 13. Oktober. Das Reichskabinett hielt heute eine Ministerbesprechung ab, die sich vorwiegend mit finanziellen und laufenden Angelegenheiten beschäftigte. Mit der Schlußfrage wird sich durch den Reichsrat, wahrscheinlich am Freitag nachmittags befassen.

Eine Denkschrift des Reichsleiternbundes an den Reichsminister des Innern.

Berlin, 13. Okt. Der Vorstand des Reichsleiternbundes hat zu den Vorschlägen der preussischen Staatsregierung zum Reichsgesetzentwurf in einer Denkschrift Stellung genommen, die jedoch dem Reichsminister des Innern überreicht wurde. Der Reichsleiternbund sieht darin u. a. den ersten Bedenken der evangelischen Literaturgesellschaft gegen die von Preußen vorgeschlagene Regelung des Uebereinkommens (S. 18) Ausdruck. Er fordert im Interesse einer vereinfachten und reibungslosen Ueberleitung des Festhaltens an der gleichen Behandlung aller gesellschaftlichen Schichten, wie sie der Regierungsentwurf vorsieht.

Einberufung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 13. Okt. Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei hat am 11. Oktober in Berlin eine Sitzung unter Leitung seines Vorsitzenden, Reichsminister Dr. Tressow, abgehalten, in der die politische Lage erörtert wurde. Es wurde laut ständiger Kundgebung beschlossen, den Zentralvorstand zu Montag, den 21. November nach Braunsfeld zur Beratung des Reichsgesetzes einzuberufen.

Der Fürst Reuß ältere Linie gestorben.

Weimar, 13. Okt. Heute nachmittags 15 Uhr verstarb im väterlichen Schloß in Greiz Fürst Heinrich Reuß ältere Linie an den Folgen einer Lungenerkrankung, die er sich vor einigen Tagen zugezogen hatte. Der Fürst stand im 80. Lebensjahr und war der letzte männliche Vertreter des Fürstentums Reuß ältere Linie. Eine Schwester des Fürsten, Prinzessin Hermine, ist mit Wilhelm II. verheiratet.

r. Eine Bo...
Lille-Honcamp...
Samstags-Prog...
mer A. J. Junde...
Hermann Lölle...
Herrlichen Sch...
p. Kirmesje...
onntag gilt für...
erlaubt werden...
15-18 Uhr. M...
hellen geschlosse...
Schauwirtschaftl...
llo, je Person...
verkauft werden...
hien Bedarf...
Hüte geöffnet...
p. Behrman...
ormaltung hat...
an halt für Män...
dünnschnitt für...
h. a. Stadthe...
Dr. P. J. J. J. J...
7 Uhr (nicht 7 M...
h. a. Aus dem...
handlungsminis...
folgende Straff...
hagochten im...
des Höggrabs...
bühner Werke...
amen ergiffen...
deshalb in...
sonnte aber erg...
ihren Baden und...
Baden und in d...
10.5. 18. Tabak...
unersetzte Wore...
ich jeht wegen...
joh die Straß...
amstoft mach...
leuerinterzuehm...
wurde er mit 1...
von 9224,50 M...
wurden zu Wunf...
Berberrecht aus...
durch allerhand...
et ihm vorgenom...
tem Kasse. Der...
mit Bedauern zur...
in den hiesigen...
Kosten des Verh...
lehung nahm der...
jurid. — Zwei...
selbstkommen, als...
den Hoffnungen...
erhebt, und mitt...
trof, von 2 Woch...
vorberkraft war...
haus der Landesp...
Gumpenhändler...
um das richtige...
des richtigen Wem...
nur ein Gewand...
hängte G. J. J. J...
verlegte kam zu...
zur Zeit in der...
Gewehr heraus...
Wie sich herausst...
mehr kein Eigent...
weshalb unter W...
bestrafte ihn das...
Reichsmart G. J...
lichte keine Bewe...
bis zu 71 Stunden...
Zerfallstrages b...
60 Stunden in...
3 Stunden gewä...
schriebene Ausge...
— das Gericht einen...
Verstoß. Er hat...
verloht. — Gegen...
hüte und sich...
nitworten hatte...
— Ein Jollist...
Nichtgang von...
schicklich verfeh...
var. Der unter...
hungs gestellte...
bundes zu sein...
sle daher Verla...
gefahren wurden...
it dem Ausbruch...
orden weitere...
m. Kriegsgräb...
Wische Kriegsgrä...
den in Ausland...
den aufhändigen...
gerade in den So...
worden. Eine gro...
wie im Westen je...
wird zur Zeit noch...
Friedhöfen sind...
angefertigt wor...
Aumärktigen G...
gräberfürsorge um...
an die zukünftige...
eingesandt wurden...
zum Teil...
nächsten Jahre we...
lischerweise wä...
Allgemeinheit an...
Kriegsgräberfürs...
doch immer mehr...
von G. J. J. J...
des Volkstundes...
d. h. eigene Betre...
Personen, denen...
erreich, daß die...
ten deutschen Volke...
leben wird; so h...
Teil seiner Dankes...
gefallen Toten au...

GESCHÄFTS-ERÖFFNUNG. ✱ Am Freitag, den 14. d. Mts., eröffne ich Nordstraße 47 ein

Spezialgeschäft in Damenkonfektion.

Durch günstigen Einkauf bei nur erstklassigen Firmen bin ich in der Lage, auch den verwöhntesten Geschmack zu befriedigen.
Ich unterhalte stets ein gut sortiertes Lager in allen Größen und Weiten.
In Frauengrößen biete ich etwas ganz Besonderes.
Geschäftsprinzip: „Gute Qualität“ „Billige Preise“ „Fachmännische Bedienung“.
Maßanfertigung von Damengarderobe nach wie vor in eigenem Atelier unter Verarbeitung besten Materials.
Besichtigung ohne Kaufzwang.

Clementine Fiedorff, Bocholt, Nordstraße 47
Spezialgeschäft für Damenkonfektion. ✱ Telefon 2433.

Besuchen auch Sie bitte unverbindlich mein
Spezialhaus
(Osterstraße)
für Porzellan, Kristall, Rungisgerbe.
+
Anerkannt mäßige Preise.
+
Auch in niedriger Preislage geschmackvolle Artikel.
+
A. Duffmann.

Mifa
Fabrikverkaufsstelle
Bocholt,
Ravardstraße 16,
Leiter: PAUL OBEREM.
64 - 85 - 96 - 105 RM Kassapreis USW.
Bequeme Wochen- und Monatsraten
Das Qualitäts-Markward direkt ab Fabrik!
BERLIN, 9. 10. 11. Rütt-Arena, Länderkampf
Sieger: Lorenz-Buschenhagen auf Mifa

Ein komplette
**Schmiede-
Einrichtung.**
zu verkaufen, und eine
schwere
Drehbank
(fast neu) mit 38 Spitz-
gehäusen und 1500
Drehlänge, 3/4- und
Veltspindel und 45ige
Hohlspindel billig zu
verkaufen.
Näheres in der Ge-
schäftsstelle ds. Bl.



Die zwei Kennzeichen der Echtheit

Vor fast 40 Jahren hielt **Palmin** seinen Einzug in die deutsche Küche. Erfahrene Hausfrauen, denen die Geheimnisse der Kochkunst wie auch die Tugend wohlwogener Sparsamkeit zu eigen waren, erkannten schon nach den ersten Proben die vielen Vorzüge dieses naturreinen Fettes.

Seitdem fehlt es nicht an Versuchen, der Hausfrau statt des begehrten **Palmins** irgendwelche anderen Kokos-Speisefette mit fast gleich klingenden Namen und in täuschend ähnlichen Packungen in die Hand zu stecken. Achte darum beim Einkauf genau auf

- ① **PALMIN** - das Wort
- ② **Drschlinck** - den Namenszug

Restaurations Kalsergarten
An den Kirmestagen
Sonntag und Montag
TANZ
Entree frei.

Den Eingang
der neuesten
**Herbst- und
Winterhüte**
zeigt ergebenst an
Frau Maria Lensing, Bocholt
Realschulstraße 5
Reelle Bedienung! Billigste Preise!
Umpehnhüte erbitte baldigst!

**Husten-
wetter...**
Wenn nicht heute, dann
morgen. Gegen Husten,
Heiserkeit, Verschleimung
verlangen Sie nicht einfach
Hustentropfen, denn es gibt
so viele, sondern fordern
Sie **Hustosil**.
Hustosil
Katarh-Bonbons
Das sind die richtigen!
Ein Probepaket kostet 30 Pfg.,
ein Originalpaket mit dop-
peltem Inhalt nur 50 Pfg.
In fast jeder Apotheke und
Drogerie erhältlich.

Kaiser Friedrichhalle
Sonntag ab 6 Uhr
Konzert
Kirmessonntag ab 8 Uhr
Tanz
Entree frei.
Es ladet ein
Johann Terhorst.

Achtung! Billig!
Margarine Pfd. von 50 Pfg. an
H. Auszugmehl Pfd. 27 Pfg.
Diamant-Mehl
Rosinen Pfd. von 60 Pfg. an
Frisch gebrannte Kaffees
Gutscheine
H. Kaffeemischungen
In Plockwurst Pfd. 1,80
Vollkorn. Holländer Käse Pfd. 1,10

Wegners Kaffee-Geschäft
Telefon 2888 Langenbergstr. 3.
Lieferung frei Haus.

Empfehle prima
Tafelobst (Winterware)
Venderbosch, Vehlingen
Telefon Amt Jansburg 77.
**Handschuhe,
Krawatten,
Strümpfe**
U. & J. Spier,
Fernruf 2104 Königstraße 4.

Moderno
Damen-Chawls
in großer Auswahl
bei
Hirsch
am Markt.

Für den Herrn!
Oberhemden, Kragen, Kravatten,
Unterzeuge, Socken, Handschuhe
gut und preiswert.
J. & F. Biergans



Damen-Mäntel

in Velour, Eskimo und Ottomane, mit reicher
Pelzgarnierung
in großer Auswahl.

Kleider

in jeder Ausführung, auch für stärkere Damen.

Damen - Westen, Pullover
in eleganter Ausführung.

Bequeme Zahlungsweise erleichtert
Ihnen den Einkauf.

D. Triebwasser

Bocholt

Ernststr. 8.

Am Sonntag den ganzen Tag durchgehend geöffnet.

Für die Kirmestage
kauft jeder Raucher nur
Wolsdorff-Zigarren
Sie sind gut. ::
Depot: **Th. Meyer,**
Königsstraße 2 — Ecke Neustraße

Rhein- und Moselweine
Krankenweine
Taragona, Samos, Portwein
Sekt
in feinsten Qualität
zu äußerst günstigen Preisen.

Drogerie Maaß,
Wesemannstraße 17
beim Krankenhaus.

Handarbeiten
U. & J. Spier,
Fernruf 2104 Königstraße 4.

Empfehle zur Saison:
Küppersbusch Öfen und Herde,
Viehessel (nach Modell, 30-300 Ltr.)
Neues Modell
**Rubenschneider, Häcksel- und
Strohschneidemaschinen.**
Patent-Hochstallkatten.
Gerh. Heckers, Suderwick.

Brauchst Du
Strümpfe
geh' zu
Hirsch
am Markt. Ecke Osters r.
Große Auswahl Handschuhen

Kaufen Sie Ihren Bedarf an Spirituosen
nur in einem Spezialhaus.
Führende Marken, wie:
Asbach Scharlachberg
Doornkaat, Underberg ulw.
**la. Rhein-, Mosel- und
Krankenweine**
ausserst billig.
Neu eingeführt der altbekannte
Wurm's Magen-Doctor
Th. Wiethold
Wein- und Likörhandlung
Tel. 2644. Schanze 43

Ein großes
**Geschäfts-
total**
mit 2 Schaufenstern,
t. d. besten Lage, für je-
des Geschäft geeignet,
mit Hintergebäude für
Werkstatt, umlän-
derhalb sofort zu verm.
Off. unt. 68477 an d.
Gesch. d. Bl. erbitten.

Für kleinen Haushalt
an der Rittersstr. wird
für 1-2 Stunden an
2-3 Nachmittagen in
der Woche ein
**Büch-
mädchen**
geleitet.
Angebote mit Lohn-
forderung unt. 22311
an die Gesch. d. Bl.
Junges
Mädchen
für Hausarbeit und zu
Kindern geeignet.
Frau Reuß,
Osterstr. 52.

Urinflaschen
für Männer und
Frauen.
Drogerie Bruns
Nordstraße 22.

**Kath. Gesellen-
Verein Rhede**
Unser tatkräftiges Mit-
glied, der Maurer-
meister
Bernh. Hübing,
aus Kretzing ist ge-
storben. Die Beerdig-
ung, zu der alle Mit-
glieder eingeladen wer-
den, ist am Samstag,
den 15. Okt. 1927,
morgens 9 Uhr.
Der Vorstand.

Offenstellig geschnitte-
nes
Brennholz
hat laufen abzugeben.
Wassersabrik
H. Löwenstein,
Bocholt.

Frdl. möbl.
Zimmer
mit Morgenkaffee
an besseren Herrn zu
vermieten.
Näheres in der Ge-
schäftsstelle ds. Bl.

Rhede
Reichs-
Stadtkreis
Amtlicher
des Landra-
von Wärg-
intern und
des Reichs-
Ordn-
der Zentrum
.....
Numme
Innen
Das politische
sechends deutlicher
Erklärung tritt,
Probleme. Das
der einen nicht gu-
daran etwas auszu-
geniert, er wird
Beantwortungen,
hat. Er hat es sich
nun sieht er die
laufen sind. Der
Fasson entspricht
schon; nur sind
find es, die sein
Wann ist ein selbst
scheidendes zu un-
tigt werden könnte.
Seit acht Jahren
Bei m a r in Kral-
schen Lebens des
blitische Staatsfe-
großen Mehrheit e-
und große Vorzüge
ihren Teilen
könnte, sie sei ta b
205 erhalten.
darauf zurückzufüh-
ster in seinem Fach-
nen Teile selbst an-
so leidet auch die
heiliger Wille sie
geschaffen hat, daß
dazu nötig waren.
dem Anzug vieler-
führen sind, daß
Zeit, in der er ihn
auch die Jahre seit
auf die innere Ent-
Gefühl geblieben.
Als das Wert
ten wir im Reich
artige Regierungen
auf eine Zusammen-
dem als Weimarer
Spätere Wahlen h-
Wischen dem Re-
dadurch zu macher-
men. Und insbeson-
von der Mitte bis
koalition haben,
sehr gemeist, daß
zustand zwischen der
kann. Dieser unerfr-
erheblichen Teile an-
finanzielle m-
den Ländern nicht g-
nummen werden. Man
die Frage noch gam-
Romunnen das Wel-
wendige Befordung
ist. Es ist unmi-
und der deutschen
weiter zu erhöhen.
wald in den letzten
Städten des Wahl-
Rebe darlegte, meh-
Wntommens in De-
entrichtigt. Das ist
durchaus denen auf-
zeit einer Steuerfren-
wird als eine Voraus-
durchgreifen d-
geführt, die auf ein
Verwaltung in Reich-
So oft aber dieser
ist, so wenig ist bis-
Der Grund dafür
eine durchgreifende
Verfassungsre-
des Reichs zu den Wä-
Ich ist. Es handel-
schen Kernfragen, d-
Tag zu Tag dringli-
preussische Pr-
Lösung die größten
sich in letzter Zeit
Aufgehen Preußens
richtige Lösung ist,
früher, wo wir uns
dieser Frage befagt
Aber an der Zeit
des politischen Leben
hier angelangten
der, der verfassungs-
ges Interesse entge-
es sich dabei um Be-
wandfrei bloßgelegt
innenpolitischen Wils-
wollen. Es ist drin-
strebungen baldigst
den an aktiver Betä-
Merkungs ist die
Reichs nicht die el-